

GEWERKSCHAFTSPOLITIK

„Gewerkschaften auf dem Prüfstand“

Der Aufsatz von *Horst Helbing* Nr. 11/67 regt zum kritischen Nachdenken an und sollte die Basis vieler Gespräche sein, die das Ziel haben, durch Umorganisation zu wirksamer Mitgliederwerbung zu führen.

Es ist durchaus richtig, daß das Bild der Gewerkschaften sich verändert hat; das gilt aber auch für ihre innere Organisation, wie sie unter zahlreichen Schwierigkeiten von 1945 bis zum Einigungskongreß 1949 in München wieder aufgebaut wurde unter ungeheuren Schwierigkeiten, nicht zuletzt Mangel an geeigneten und organisatorisch erfahrenen Mitarbeitern, was zu manchen Mängeln und Schwächen geführt hat.

Zunächst einen Blick auf die innerorganisatorischen Arbeiten: Wer ein Gewerkschaftshaus in einer größeren deutschen Stadt heute betritt, in dem mehrere Gewerkschaften des DGB untergebracht sind, wird ein auffallend unterschiedliches Bild an äußerer Einrichtung und innerer Organisation finden, vom modernsten Büro eines Sekretariatsleiters oder Vorsitzenden bis zum allereinfachsten. Das läßt schon Rückschlüsse auf das Beitragsaufkommen zu. Ebenso ist es mit den bürotechnischen Mitteln, wie Schreib-, Rechen- und Abzugsmaschinen, neueren Vervielfältigungsgeräten, Druckanlagen, Karteikarten und deren Aufbewahrung, Registraturen und Archiven. Gerade in den kleineren Gewerkschaften, die ständig unter Geldmangel leiden, weil ihr Beitragsaufkommen mit den notwendigen und allenthalben gleichen Aufwendungen nicht in Einklang zu bringen ist, werden viele Arbeiten nebeneinander getätigt, so daß für andere wichtige Arbeiten keine Zeit bleibt. Es erhebt sich nun die Frage, ob es vielleicht zweckmäßiger wäre, gewisse Arbeiten allgemeiner bürotechnischer Art durch Einsatz modernster Büromittel und besser geschulter Bürokräfte *gemeinsam* zu erledigen.

Wenn man heute feststellen muß, daß ein beachtlicher Prozentsatz von Arbeitnehmern keiner gewerkschaftlichen Organisation angehört, dann fällt sofort auf, daß viele dieser Unorganisierten in sogenannten Einmann- oder Kleinbetrieben beschäftigt sind und deshalb von den einzelnen Industriegewerkschaften nicht erfaßt werden oder daß die Verwaltung solcher Mitgliedschaften und deren regelmäßige Beitragskassierung sowie die Betreuung auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen. Die Zahlung von Beiträgen auf Postscheckkonto und Bankkonto ist und bleibt ein Hilfsmittel, weil der persönliche Kontakt fehlt, und der ist notwendig und muß angestrebt werden. Denn jeder Organisierte hat das Recht auf

Kontakt und Betreuung seitens seiner Interessenvertretung. Die Mitgliedszahlen könnten um ein Vielfaches erhöht werden. Im großen Zusammenschluß nur liegt schließlich unsere größere Verhandlungskraft und Stärke gegenüber dem Arbeitgeber, der — schon allein stark — noch im Zusammenschluß mit anderen Arbeitgebern eine größere Stärke sieht.

Die einzelnen Gewerkschaften unterscheiden sich in der Durchführung ihrer bürotechnischen Aufgaben häufig sehr wesentlich; das gilt nicht nur für größere und kleinere Gewerkschaften, sondern auch für gleichgroße.

Hier muß man sich einmal ernstlich Gedanken machen, wie man durch Zusammenschluß zu gemeinsamer Arbeit mehrerer Gewerkschaften die Arbeitnehmer in Kleinbetrieben werben und als Mitglieder betreuen und halten kann.

Wenn in Zukunft im verstärkten Maße Pflege des Mitgliederbestandes getrieben werden soll, wenn die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder sich in den nächsten Jahren wesentlich erhöhen soll, müssen sowohl in der Außen- als auch in der Innenarbeit neue, zweckmäßige Formen gefunden werden, die der heutigen Zeit entsprechen. Zweckmäßiges bürotechnisches Arbeiten, guteingerichtete Arbeitsplätze sind die erste Voraussetzung. Dem innerbetrieblichen gewerkschaftlichen Arbeitsablauf muß mehr Beachtung geschenkt werden. Fachmännische Planung unter Benutzung neuester betriebswirtschaftlicher Erkenntnisse ist notwendig.

Eine zweite, ebenso wichtige Voraussetzung ist die Schulung der Verwaltungsangestellten in der Durchführung der Aufgabe der Mitgliederbestandspflege und der rechtzeitigen Beitragseinbringung. Auch Angestellte, die aus der Industrie und den öffentlichen Verwaltungen kommen, bringen neben den allgemeinen Kenntnissen, wie z. B. Stenographie und Schreibmaschinen- oder buchhalterische Kenntnisse, keine Erfahrungen für ihr neues Aufgabengebiet mit. Fortbildung ist notwendige Voraussetzung für eine gute innere Verwaltung. Eine gute innere Verwaltung ist aber auch eine der Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit im Außendienst, in der Werbung und Tarifpolitik.

Auch das Nachrichtenwesen muß dem neuesten Erfordernis der Technik angepaßt werden; leider fehlt bis heute eine gewerkschaftlich nahe oder gewerkschaftlich orientierte Tageszeitung. Die Werbung sollte in den Händen erfahrener Fachleute liegen.

Eine weitere Frage: Sind die vielen Gewerkschaftskonferenzen und -tagungen wirkungsvoll? Nehmen Wahlen und ihre Vorbereitung nicht zu viel Zeit in Anspruch? Denn die Nachwirkungen sind kurze Zeitungsnotizen, zu wenig Resonanz, und Fernsehen und Rundfunkmeldungen ohne Prägnanz sind

schnell vergessen. Die Antragsflut ist un gelenkt oft zu groß, und nimmt viel zu viel Zeit in Anspruch; jeder Antrag muß als wichtig angesehen werden, alle sollten aber geordnet in Aktion gesetzt werden.

Die Fortbildungsarbeit sollte nicht nur gewerkschafts- und gesellschaftspolitisch, sondern in starkem Maße berufsförderlich sein.

Hans-Joachim Radtke, Frankfurt/M.

Zu Vilmars Thesen zum parteipolitischen Engagement der Gewerkschaften

I

1. Von dem nach Vilmars Ansicht (Heft 12/1967) achtzigprozentigen Anteil der Arbeitnehmerschaft an der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik sind in den Gewerkschaften und Berufsverbänden kaum mehr als 35 % der wirklich Arbeitenden organisiert! Wobei unbestreitbar ist, daß für die Mehrzahl die Sicherung des Arbeitsplatzes und die Verbesserung der Lohn-, Gehalts- und sonstigen Arbeitsbedingungen die alleinigen Fundamente des Entschlusses, Mitglied einer Gewerkschaft zu werden, waren und sind. Jeder Gewerkschafter weiß, daß bei nicht wenigen Mitgliedern trotz aller von den Gewerkschaften erkämpften Erfolge die sogenannte „Beitragsehrlichkeit“ zu wünschen übrig läßt.

Die anderen genießen die Früchte dieser Arbeit kostenlos und bekunden damit, daß sie noch nicht einmal bereit sind, für die gewerkschaftliche Vertretung ihrer lebensnotwendigen Interessen finanzielle Beiträge zu leisten, noch viel weniger am gewerkschaftlichen Leben aktiv teilzunehmen!

Nüchtern betrachteter Tatbestand ist, daß alle Werbemaßnahmen daran seit Jahren wenig ändern konnten. Mithin muß m. E. zuerst — vielleicht mit anderen Mitteln — versucht werden, die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und Verwaltungen für die Gewerkschaften als Mitglieder zu gewinnen. Und dann, sie durch die gewerkschaftlichen Bildungseinrichtungen zu aktiven und selbstbewußten Mitkämpfern zu formen. Was sicherlich nur in langjähriger Arbeit erfolgreich geschehen kann.

2. Die Abneigung des politischen Engagements innerhalb und außerhalb der Parteien ist seit eh und je zum Teil auf Vorurteile begründet. „Politik verdirbt den Charakter“ wird doch wohl nicht nur an kleinbürgerlichen Stammtischen behauptet, sondern — leider! — auch von manchen Gewerkschaftern als „unumstößliche“ Wahrheit betrachtet.

Dagegen wir bei der älteren Generation, die die Weimarer Republik und die NS-Zeit durchlebt und durchlitten hat, sehr wenig

unternommen werden können. Aber es sollte alles getan werden, um junge Menschen für die politische Arbeit zu gewinnen! Denn, wenn es richtig ist, daß der demokratische Wind von unten nach oben wehen muß, darf nichts unterbleiben, was ihn anfachen kann. Das würde dem Apparat und auch den betrieblich tätigen Gewerkschaftern guttun, die mitunter vergessen, nach welchem Gesetz sie einst zum Kampf angetreten sind.

Ich bin außerdem davon überzeugt, daß bei gewerkschaftlich gut organisierten Belegschaften und dafür aufgeschlossenen Unternehmensleitungen manches mehr getan werden könnte. Es darf in Würdigung der Bedeutung des Zieles einfach nicht vorkommen, daß kleinliche Bedenken den zum nun einmal nicht zu beseitigenden Risiko bereiten Aktiven in den Weg gestellt werden! Mit Lippenbekenntnissen werden wir unser demokratisches Leben nicht positiv beeinflussen können. Zumal die andere Seite ihre Position kennt und bereit ist, sie mit Zähnen und Klauen zu verteidigen.

Jedoch sollte stets klar herausgestellt werden, daß die Gewerkschaften ihren Mitgliedern zwar helfen wollen, sich eine politische Meinung zu bilden und sie zweckmäßig zu vertreten, aber im Rahmen der Gewerkschaften eine *partei*-politische Betätigung nicht vertretbar ist!

Rudolf Suter, Berlin

II

Das von Fritz Vilmar in seinem Aufsatz (Heft 12/1967) angesprochene Problem muß weiter diskutiert werden, damit die Einsicht zum parteipolitischen Engagement wächst. Im folgenden soll aus der Sicht eines sozialdemokratischen Gewerkschafters Stellung zu den von Fritz Vilmar aufgestellten Thesen bezogen werden.

In seiner ersten These verlangt Vilmar eine „intensive Werbung für die aktive Mitgliedschaft der Arbeitnehmer — vor allem aber der Gewerkschafter — in den Parteien“. Das ist richtig. Für die Gewerkschaften ist es überaus wichtig, gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer dazu aufzufordern. Denn *die* Arbeitnehmer, die zwar aktiv in den Parteien tätig sind, eine Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft — also in ihrer Interessenvertretung — ablehnen, werden kaum Stützen arbeitnehmerfreundlicher Initiativen der Parteien sein. Es ist — in Ergänzung zur ersten These — deshalb überdies notwendig, daß die aktiven Gewerkschafter in den Parteien die Arbeitnehmer, die nicht organisiert sind, für die Gewerkschaften werben.

Die Notwendigkeit der aktiven Parteiarbeit ergibt sich für die Gewerkschaften zwingend aus der Tatsache, daß sie nicht in der Lage sind, einen großen Teil ihrer Forderungen — die nur über die Parlamente (in Form von Gesetzen) oder die Regierungen realisiert wer-

den können — durchzusetzen, weil sie keine Abgeordneten direkt in die Parlamente entsenden können. Aber auch die Parteien bedürfen der Gewerkschaften. Sie sind durch den politischen Tageskampf — der die Parteikassen stark belastet — nicht in der Lage, ihre gesellschaftspolitischen Vorstellungen so gut durchzusetzen wie die Gewerkschaften es zu tun pflegen — und wie es auch erforderlich ist.

Wer also politisch aktiv für die Mehrheit des Volkes — die Arbeitnehmer — wirken will, muß aktiv in Gewerkschaft und Partei sein.

Vilmars zweite These — „die Gewerkschafter müssen mit einem eigenen konkreten, profilierten und aktuellen Schwerpunktprogramm in die parteipolitische Arbeit hineingehen“ — ist mit der von *Ludwig Rosenberg* formulierten Korrektur (gleichfalls Heft 12/1967) zu akzeptieren. Die Politik einer Partei kann nur von Mitgliedern dieser Partei geändert werden. Die Gewerkschafter müssen folglich als Parteimitglieder außerhalb der Gewerkschaften und innerhalb der Parteien wirken. Sie sollten — ausgehend von den Programmen und Beschlüssen des DGB und der 16 Gewerkschaften — eigene Vorstellungen entwickeln und diese in der Partei mit den dazü notwendigen personellen Konsequenzen durchsetzen.

Für die SPD ist zu diesem Zweck — ähnlich wie in Rheinland-Pfalz — eine „Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Gewerkschafter“ (ASG) Hessen Nord gegründet worden, da in der SPD — im Gegensatz zur CDU mit ihren Sozialausschüssen — für diese Aufgaben bisher keine brauchbare Organisation existierte. Es gibt zwar innerhalb der SPD Betriebsgruppen und — zur Neutralisation der aktiven Gewerkschafter ins Leben gerufene — „Ausschüsse für Arbeitnehmerfragen“ — doch sie allein können das hier Geforderte nicht erfüllen. Das war anders, solange die SPD nur die Interessen der Arbeitnehmer vertreten hat. In jener Zeit waren spezielle Parteiorganisationen für Arbeitnehmerfragen überflüssig. In Parteibezirken, in denen aktive Gewerkschafter die SPD führen, mag man auch heute noch ohne eine ASG auskommen. Wenn aber, wie in Nordhessen, die aktiven Gewerkschafter fast völlig aus den Parteigremien herausgedrängt sind, kann ohne organisatorische Basis eine entsprechende Arbeit nicht geleistet werden.

Als Beispiel sei die Zusammensetzung des SPD-Ortsvorstandes der Stadt Kassel — sicher kein Ausnahmefall ■ — aufgezeigt: Von den 15 Mitgliedern im Engeren Ortsvorstand sind allein 9 städtische Bedienstete, angefangen beim Oberbürgermeister, — und 3 Landesbedienstete; ein Vorstandsmitglied ist Hausfrau und MdL. Die Arbeiter — über 50 % — der SPD-Mitgliedschaft — werden repräsentiert durch einen aktiven Gewerkschafter (MdL) und einen parlamentarischen Staatssekretär. Im Erweiterten

Ortsvorstand ist die Zusammensetzung nicht glücklicher. Nimmt es da noch wunder, wenn vom Ortsvorstand als ordentliche Delegierte für den Nürnberger Parteitag der SPD nur Befürworter von Notstandsgesetzen vorgeschlagen werden, obgleich der „Ausschuß für Arbeitnehmerfragen“ auf seiner konstituierenden Sitzung unter Mitwirkung der ASG-Vertreter aufgerufen hatte, nur Gegner von verfassungsändernden Notstandsgesetzen nach Nürnberg zu entsenden.

Auch der dritten These — „eine Vervielfachung und Aktualisierung der politischen Bildungsarbeit in den Gewerkschaften“ — ist zuzustimmen. Sie muß sogar von allen arbeitnehmerorientierten Parteien begrüßt werden, da die Parteien — wie bereits erwähnt — kaum noch in der Lage sind, ihren Mitgliedern eine politische Grundbildung angedeihen zu lassen.

Vilmars Thesen muß noch eine vierte hinzugefügt werden: „Der DGB und die Gewerkschaften müssen im Sinne einer gewerkschafts- d. h. also arbeitnehmerfreundlichen Berichterstattung auf die Massenmedien einwirken.“ Es nützt nämlich nicht viel, wenn (dank einer intensiven politischen Bildungsarbeit in den Gewerkschaften und einer aktiven Mitarbeit der Gewerkschafter in den Parteien) eine arbeitnehmerfreundliche Politik in der einen oder anderen Partei durchgesetzt wird, diese aber dann nicht an die Macht kommt.

Vom Einfluß der Gewerkschaften auf das ganze Volk wird es letztlich abhängen, wie stark der Einfluß ihrer Mitglieder in den Parteien die Politik des Staates bestimmen wird. Sicherlich sind die Gewerkschaften daran interessiert, möglichst alle Arbeitnehmer zu organisieren, doch die Massenmedien — insbesondere die unternehmerabhängigen Zeitungen — haben es verstanden, die Gewerkschaften daran zu hindern. Sie haben es darüberhinaus verstanden, selbst Gewerkschaftsmitglieder in ihrem Sinne zu beeinflussen. Der größte Gegner der Gewerkschaften auf diesem Gebiet ist *Springers Bildzeitung*; sie übt einen ungeheuren Einfluß auf Arbeiter und kleine Angestellte aus. Gegen sie muß — und zwar bald — vom DGB und den 16 Gewerkschaften eine „Gegen-Bild-Zeitung“ zum gleichen Preis wie *Springers Bild* herausgebracht werden. Sie sollte die gleiche Aufmachung haben und so geschrieben sein, daß die *Bild-heser* angesprochen werden. Eine objektive Berichterstattung wäre Hauptaufgabe dieser „Gegen-Bild-Zeitung“. Damit eine derartige Zeitung nicht steril wird, muß der Redaktion, ja, den einzelnen Redakteuren, durch ein Statut eine freie Arbeit ermöglicht werden. Eine solche Tageszeitung bedürfte zwar neben dem Anfangskapital wahrscheinlich einer dauernden finanziellen Unterstützung, doch der Aufwand würde für die Gewerkschaften zu Buche schlagen!

Stephan Freiger, Kassel

